

Bezugspreis:

5 Bände à 30,- M., monatlich 10,- M. für im Hause vorzugs zahlbar. ...

Anzeigenspreis:

Die schlagendsten Anzeigenspreise ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3

Sonnabend, den 15. Januar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3

Eisenbahnbeamte und -Arbeiter!

Die unterzeichneten Zentralleitungen der Eisenbahnergroßorganisationen ...

Sonntag, den 16. dieses Monats

in bester Absicht, aber in unzureichender Kenntnis des augenblicklichen Verhandlungsstandes beabsichtigten Demonstrationen nicht zu beteiligen.

Deutscher Eisenbahnerverband.

Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Arbeiter.

Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter.

Allgemeiner Eisenbahnerverband.

Der Sechzehnerausschuß erläßt im Einverständnis mit den hinter ihm stehenden Verbänden folgenden Aufruf:

Nach langwierigen Verhandlungen, die am 14. Januar in der Reichskanzlei ihren Abschluß fanden, wurde das Ergebnis erzielt, das in der Sonnabend-Morgenausgabe des „Vorwärts“ veröffentlicht ist.

Das Resultat ist zustande gekommen unter Mitwirkung von Vertretern der großen deutschen Spitzenorganisationen und nach vollständiger Erschöpfung des Verhandlungsweges.

Die Vorstände der Eisenbahnerverbände werden jetzt auf dem schnellsten Wege zu dem Ergebnis Stellung nehmen. Die Vertreter der Spitzenorganisationen haben den Sechzehnerausschuß ersucht, trotz der in verschiedener Beziehung nicht zufriedenstellenden Abwicklung seine Bedenken zurückzustellen und das Ergebnis zur Annahme zu empfehlen.

Sobald die Stellungnahme der verantwortlichen Organisationsinstanzen feststeht, wird diese mit einer eingehenden Darstellung des gesamten Sachverhalts den Mitgliedern unterbreitet werden. Die im Sechzehnerausschuß zusammengeschlossenen Verbände ersuchen ihre Mitglieder, diese Stellungnahme der verantwortlichen Verbandsstellen abzuwarten und sich durch keinerlei von unverantwortlicher Seite kommende Beeinflussungen zu Teilstreiks und dergleichen hinreichend zu lassen.

Die Teuerungszulagen.

Der Vorschlag zur Neuregelung der Teuerungszulagen der Reichsbeamten und -arbeiter, den die WTB. gestern nachts amtlich veröffentlichte, ist das Ergebnis vielwöchiger angespanntester und teilweise erregter Verhandlungen, in denen die Vertreter der Gewerkschaften und Beamten das äußerste taten, um für die schlichtgestellten Gruppen der Beamten und für die Arbeiter das Beste herauszuholen.

Es ist nun Sache des Reichstags einerseits und der Organisationsleitungen andererseits, zu dem erzielten Ergebnis Stellung zu nehmen. Im Reichstag ist die Mehrheit durch die Stellungnahme der Führer der Regierungsparteien gesichert, die Organisationsleitungen stehen aber vor der Frage, ob sie ihren Kollegen die Annahme der gemachten Zugeständnisse oder den Streik zur Durchführung höherer Forderungen empfehlen sollen.

Ein Erfolg wäre natürlich von vornherein ausgeschlossen, wenn es verantwortungslosen Elementen gelänge, noch vor der Entscheidung der Organisationsleitungen die wilde Teilstreiks herbeizurufen. Diese wären zum Scheitern verurteilt und müßten zum schweren Schaden der Beteiligten enden.

Es darf nicht übersehen werden, daß das erzielte Ergebnis der Allgemeinheit schwere Opfer auferlegt. Da die Zugeständnisse nicht nur den Beamten und Arbeitern der Reichseisenbahnen, sondern auch den übrigen Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten zugute kommen, werden sie einen Betrag von mehreren Milliarden jährlich erfordern, der im Wege der Besteuerung aufgebracht werden muß.

Die Gründe, die die Regierung zu einem weitgehenden Entgegenkommen veranlaßten, sind an dieser Stelle schon einmal dargelegt worden. Neben der festen Haltung der Organisationsleitungen, die von der Sozialdemokratischen Partei unterstützt wurde, war es auch das Bekanntwerden gewisser französisch-militaristischer Pläne, das die Regierung zum Nachgeben bewegte.

Diese Gefahr eines Streiks werden auch die ihrer Verantwortung bewußten Beamten und Arbeiter nicht aus dem Auge verlieren dürfen.

Die Besprechungen der Organisationsleiter dauern zur Stunde noch fort. Ueber ihr Ergebnis werden wir berichten.

Ministerium Péret ohne Poincaré.

Paris, 15. Januar. (WTB.) Nach einer Havasmeldung hat Péret Poincaré das Finanzministerium angeboten. Dieser hat aber abgelehnt, jedoch hinzugefügt, daß er vielleicht das Ministerium des Aeußeren übernehmen würde.

Paris, 15. Januar. Der „Matin“ meldet, es scheint, daß Péret, nachdem Poincaré seine Beteiligung an dem Kabinett abgelehnt habe, das Portefeuille des Aeußeren Briand und das der Finanzen Doumer übertragen wolle.

Wie die Blätter berichten, hat Poincaré, als ihm das Finanzministerium angeboten wurde, erklärt, daß nach seiner Ansicht die allgemeine Politik, besonders die Fragen der Reparation und der Ausführung des Versailler Vertrages von entscheidendem Einfluß auf die finanzielle Lage sei.

- Nach einer Pariser Meldung der Agentur Est-Europe dürfte das künftige Ministerium nunmehr folgende Zusammensetzung haben: Ministerpräsident und Inneres: Péret. Justizminister: Bonnevoay. Auswärtiges: Briand. Finanzen: Paul Doumer oder Charles Dumont. Minister für die besetzten Gebiete: Londeux oder Touron. Kriegsminister: Rabreau oder Barthou. Handel und Industrie: Charles Dumont oder Touron. Hier wird auch Herriot genannt. Ackerbauminister: Frago.

Wie man aus obigen Meldungen ersieht, ist die Bildung eines Kabinetts unter Péret als ziemlich sicher anzusehen, wenn auch das erste offiziöse Havas-Telegramm die Möglichkeit noch offen läßt, daß die Versuche des bisherigen Kammerpräsidenten scheitern. Inzwischen mag die betreffende Meldung als überholt betrachtet werden, da die Ablehnung Poincarés endgültig feststeht und Péret danach seine Schritte fortgesetzt hat.

„Franzosen nehmen wir nicht auf!“ Uns wird geschrieben: Die Stadt Hildesburgs — Hannover — scheint es sich besonders angelegen sein zu lassen, Fremde vor den Kopf zu stoßen.

Schulwünsche an Groß-Berlin.

Von Fritz Karjen.

Groß-Berlin wird hoffentlich demnächst zu arbeiten anfangen, und auch die Bezirksämter werden in Wirksamkeit treten. Mit Fug und Recht wird die neue Gemeinde die drängenden wirtschaftlichen Aufgaben in den Vordergrund rücken; aber sie darf nicht vergessen, daß das größte städtische Gemeinwesen auch besonders hohe kulturelle Verpflichtungen hat.

Ueber das, was von einer der neuen Zeit erispredenden Schule zu fordern wäre, ist genug geredet und geschrieben worden. Nun verlangt man die befreiende Tat. Dieses Verlangen hat sich in dem Schlagwort verdichtet: Schafft Versuchsschulen. Da damit noch nichts über den Inhalt des Versuchs gesagt ist, können in der rein formalen Forderung alle schulpolitischen Richtungen übereinstimmen, wie es tatsächlich auf der Reichsschulkonferenz der Fall war.

Was versteht man unter einer Versuchsschule? Ist das eine Schule, in der man die Jüglinge als Objekte von mehr oder weniger glücklichen Experimenten mißbraucht? Zweifellos meint man in der Regel eine solche, in der die Jüglinge unter sorgfältig überlegten Bedingungen stehen, die dem heutigen Stand der pädagogischen Einsicht entsprechen.

Wenn nun Berlin daran gehen sollte, Versuchsschulen oder ein System von Versuchsschulen zu schaffen, so wird man verlangen müssen, daß diese Schulen nicht ein nur einmal mögliches Gebilde darstellen, sondern daß sie unter Bedingungen stehen, die sich vielfach — zunächst in Berlin und dann auch in anderen Orten mit etwa gleichartigen gesellschaftlichen Verhältnissen — ähnlich wieder herstellen lassen.

Diese kulturelle Notwendigkeit hat bald nach der Revolution vor allen anderen Orten Hamburg, die alte Republik, voll begriffen, und hat dieser theoretischen Einsicht die Tat folgen lassen. Die dort ganz aus neuem Geist entspringenen Schöpfungen führen den Namen Gemeinschaftsschulen. Nicht scharfer als durch diese Bezeichnung kann der Gegensatz zur alten Schule ausgedrückt werden.

In Berlin bleibt noch fast alles zu tun; es hat seinen neuen Schulstil noch nicht gefunden. Denn so bedeutsam die Arbeitsschule des Genossen Seinitz in Charlottenburg auch sein mag, so stellt sie sich nicht die Lösung des Schulproblems dar.

gen, und — was ihr in einer Uebergangszeit wie heute besonders nachzuräumen ist — sie zerstörte nicht das alte Schulwesen, das doch nun eben einmal da und notwendig aus unseren gesellschaftlichen Verhältnissen gewachsen ist, sondern baut in besonnener Weise eine Brücke von der alten Lern- zur sozialen Arbeitsschule. Und ebenfalls in Neuförmigkeit wird bald eine Volksschule, an der Adolf Jensen, der Hamburger Lehrer, und seit länger als zehn Jahren durch seine bahnbrechenden Schriften zur Reform des Aufsatzes bekannte Pädagoge, tätig mitarbeitet, als Versuchsschule ähnlich den Hamburger Schulen entstehen.

Wie wird Berlin und seine neue Schulverwaltung vorgehen müssen? Grundbedingung jeder erfolgreichen Arbeit auf diesem Gebiet ist, daß man nicht mit törichten Beschimpfungen gegen die ihrer Zeit durchaus genügende alte Schule und Lehrerschaft arbeitet und andererseits weltbeglückende Pläne denen entrollt, die gar nicht beglückt werden wollen. Unklug auch wäre es, die neue Schule, die doch Gemeinschaftsschule sein soll, vom Parteigesichtspunkt aufzuziehen und so die Klust in der Berliner Bevölkerung noch zu vertiefen. Vielmehr muß man versuchen, in den einzelnen Stadtbezirken die Elternschaften durch sachliche Arbeit etwa an einer Schule nach und nach für diese zweckfreie, nur der Jugend gehörige Schulform zu gewinnen und dann einheitliche Schulgemeinschaften von unten aus aufzubauen. In dieser Weise ist Hamburg vorwärts gekommen, nicht nur durch Paulsens wegweisende Art, sondern auch durch die zielbewußte Tätigkeit Petersens, des Schulleiters an der Real- und künftigen Oberschule in der Winterhude; in dieser ruhigen, klaren Weise wird auch Berlin seinen Weg machen müssen und finden.

Reichswehrreklame für Deutschnationale.

Prenzlau, 15. Januar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Das hiesige Reichswehrkommando hat an sämtliche Militärvereine und an die Feuerwehrlinien die Aufforderung gerichtet, am Dienstag, den 18. Januar, an den Gedenkfeiern anlässlich der Gründung des Reiches teilzunehmen. Auf dem Programm steht u. a. ein Festgottesdienst und eine Parade auf dem großen Marktplatz. Des ferneren wurden in den Kasernen den Unteroffizieren und Mannschaften als Vorbereitung zur Feiern Unterricht im Sinne der Hohenzollernlegende, gegen die jetzige Staatsform und für das alte System erteilt. Schließlich wurden die Unteroffiziere und Mannschaften aufgefordert, am Abend des 18. Januar an der von der Deutschnationalen Volkspartei im „Kaiserpark“ veranstalteten Gedenkfeier teilzunehmen.

Aus Lauenburg meldet uns ein eigener Bericht: In hiesigen bürgerlichen Blättern stand folgende Bekanntmachung:

Deutschnationale Volkspartei.

Der Kreisleitung ist es gelungen, zu unserer am 18. Januar stattfindenden 50-Jahrefeier abends einen Extrazug der Kleinbahn Chotischow-Garzig zu erhalten, der Anschluss hat an den Lauenburg-Debaer Abendzug und bis Rieben geführt wird usw.

Der Vorstand.

Vor wenigen Tagen gab die Eisenbahnverwaltung durch WTB bekannt, daß der Kohlenmangel derartig akut geworden sei, daß mit einer Einschränkung des Personenverkehrs ernstlich gerechnet werden müsse. Aber für die Deutschnationale Volkspartei gibt es noch Kohlen genug, um ihr einen Extrazug auf einer Strecke von circa 50 Kilometern stellen zu können.

Schwarzweißrote Demokraten.

Der Vorstoß der Nationalliberalen, die sich heute heuchlerisch „Deutsche Volkspartei“ nennen, hat bereits das erste Opfer zur Strecke gebracht. Das demokratische „Berliner Tageblatt“ ist schon auf den Leim getreten und bekennt sich feierlich zur — schwarz-weiß-roten Reichsflagge. Das Schwarz-Rot-Gold, das gerade von demokratischen Eltern stammt und in Weimar auf demokratischen Vorschlag zur Reichsflagge erklärt wurde, soll jetzt wieder beseitigt werden, und das „Tageblatt“ will seine Dienste gern zur Verfügung stellen, wenn es gilt, ein demokratisches Abzeichen durch ein kaiserlich-militärisches zu ersetzen.

Die Tanzschar.

Seltene Nachrichten kommen seit einiger Zeit aus Thüringen. Unter der Jugend ist eine eigenartige Tanzbewegung entstanden, die sich zum Ziele setzt, jung und alt frohlich zu machen. Manchem scheint's eine idyllische Karrele, andern wieder als eine heilsame Erneuerung. Ihren „Kattenjäger“ hat die Tanzschar aus. Wir geben hier heute die Einblicke eines Entschlusmerkens aus Jena wieder:

Seit Wochen ziehen sie durch Thüringen und „erobern“ einen Ort nach dem andern. Es ist eine Schar von dreißig Leuten; sie wissen nicht, was sie für eine „Richtung“ sind, auch nicht, welcher Religion sie sind. Sie wissen nur eins mit unbezwinglicher Gewißheit und das ist, daß sie „Menschen“ sind. Sie haben nichts mit Politik u. dgl. zu tun; sie versenken sich in das Volk.

Als sie nach Laufcha kamen, bliesen sie auf den Höhen in ihr Horn und begannen im Geiste der Jugend zu tanzen. Und die Kinder kamen zu Hunderten und freuten sich mit ihnen. — Und die Kinder tanzten den ganzen Tag lang und gingen des Abends hinab in den Ort und hielten die Ältern, die sonst fast keinen Gedanken hatten wie Schmalz 20 M., Zwirn 10 M. und Butter 40 M. Und die Ältern kamen und wurden entzündet. — Und heute gibt es in Ruds — des Filzlers — Heimaidsdorf keine Geschäftsleute mehr, die 10 Mark auf das Schmalz draufschlagen. Sie sind nicht möglich, weil junge Menschen da sind, die so etwas nicht tun und auch bei andern nicht dulden. Zu Tausenden (in Rudolstadt waren es zweitausend) folgen die Menschen der Schar, dringen ihr Geschenke dar, spielen mit ihnen und singen und tanzen mit diesen jungen Menschen. — Aus ihren Stimmen spricht die Liebe, aus ihrem Gesange läßt ihr Herz wieder. Und sie sind sorgenlos, weil sie frohlich sind. In Bayern sind sie eingesperrt worden; singend gingen sie ins Gefängnis.

Am letzten Abend ihres Aufenthaltes in Jena sprach ihr Rud (welches ein Spitzname ist) im Volksstille. Die ganze Bühne war mit Blumen geschmückt und die Schar sah um das Podium mit Kränzen im Haar, barfuß mit Klumpfen und Geigen. Und Tausende waren im Saale, so daß er noch nie so voll war. Von dem Podium, sonst der Kampfstätte der Parteien, ertönten Worte der Liebe. — Und alle Menschen nannten sich Du. Und alle verschworen sich mit Rud gegen die Kaffeehausgarettenschmuggelkultur. Gegen all das, was „absteigende“ Menschen bildet. — Und Hunderte hatten sich schon vorher gemeldet, bereit, die Spiele und Tänze fortzusetzen, nicht zu reden, aber eine Tat zu tun. Heute kann man in all den Orten, die die „Blaue Schar“ eroberte, das Schauspiel sehen, daß Führer der U.S.V. mit Kindern der D.N.D. tanzen, daß alle ein gemeinsames Gefühl befeuert.

Sie tanzten am ersten Tage ihres Aufenthaltes in Jena auf dem Markt; zunächst wurden sie von einigen Couleurstudenten ver-

Nichts ist stärker als demokratischer Rannesmut. Nachdem die ganze militaristische Reaktion die Hege gegen die „Judenfahne“ angefaßt, klappt das führende demokratische Blatt vor den Hohenkreuzern wie ein Taschenmesser zusammen. Es findet die Wiederführung der schwarz-weiß-roten Fahne „auf demokratischem Wege“ „nur sehr vernünftig“. Allerdings, ganz solcher ist ihnen dabei doch nicht zu Sinn. Denn das Ausland würde die Wiederführung des Schwarz-Weiß-Rot wahrscheinlich so deuten (1), als verneine die Deutsche Republik immer mehr in die Reaktion. Deshalb appelliert das „B. L.“ an die — Sozialdemokratie, sie möchte doch den Unfug mitmachen, den die Nationalliberalen vorschlagen. Dann könnte man im Frühjahr gleich ein republikanisches Volksfest mit schwarz-weiß-roten Farben feiern. . . .

Es ist wirklich schwer, keine Satire zu schreiben. Die Reaktionen von der Deutschen Volkspartei werden ihre helle Freude an den republikanischen Vorkämpfern im demokratischen Lager haben! Man darf also damit rechnen, daß die völkerverhetzerische, demokratische Regierungsopposition, nachdem sie Kartoffel-, Fleisch- und sonstige Lebensmittelpreise ins Phantastische gesteigert hat, jetzt noch zum nationalen Hochgenuß das Gesetz über den Volkseinkauf vorgelegt und durchgepeitscht wird, damit man im Frühjahr Festtage feiern kann. Bis jetzt ist das Gesetz noch nicht da. Die Volksbefragung kann also nicht stattfinden. Indessen, wenn das Münchener Beispiel sie nicht schreckt, werden die Herrschaften es vielleicht versuchen. Die einen, um angeblich der Republik zu dienen, die anderen, um durch die alten Farben auch der alten Staatsform zum Siege zu verhelfen. Die sozialistische Arbeiterschaft wird jedoch nicht auf den Köder beißen.

Kappisten und Mörder.

In der Elbfeiernacht wurden, wie schon mitgeteilt, von Angehörigen der auf Borkum stationierten, zur Reichswehr gehörigen Küstenwehr (meist ehemalige Angehörige der Brigade Ehrhards) zwei Zivilisten niedergeschossen, der eine war tot, der andere wurde schwer verletzt. Bisher hat das Reichswehrministerium noch nicht mitgeteilt, was in dieser Sache geschehen ist. Ueber derartige „Kleinigkeiten“ scheint man sich dort oben nicht aufzuregen.

Wir wollen aber dem Reichswehrministerium noch folgendes mitteilen: Am 11. November wurde in Borkum eine Ortsgruppe des „Verbandes nationaler Soldaten“ gegründet, an der ein großer Teil der Garnison teilnahm. Auf dieser Versammlung wurde offen gegen die Republik demonstriert, der alten schwarz-weiß-roten Fahne Treue geschworen und ferner in Anwesenheit des stellvertretenden Kommandanten der Borkumer Küstenwehr, Kapitänleutnant Loch, Loatse auf Ehrhardt, Kapp und den ehemaligen Kaiser ausgebracht. Ferner gelobte man sich dort untereinander, „die Sozis, die roten Schweine, nach Afrika zu bringen“.

Vielleicht teilt das Reichswehrministerium auch einmal mit, was in dieser Angelegenheit geschehen ist. Oder geschieht nichts?

Die Selbständigkeit der Provinzen.

Die schon lange geforderte Selbständigkeit der preussischen Provinzen scheint ihrer Verwirklichung näherzukommen. Die preussische Regierung hat die dazu nötigen Vorarbeiten bereits getan. Jetzt wird der Öffentlichkeit der vorläufige Entwurf eines Gesetzes über die Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzen veröffentlicht, der zunächst den am 20. Februar neuzuwählenden Provinzialparlamenten zur Begutachtung vorgelegt werden soll. Danach erhalten die Provinzialverbände das Recht, im Rahmen der Reichs- und Landesgesetze ihrerseits Gesetze zu erlassen, die entweder Ausführungsvorschriften zu Staats- und Reichsgesetzen sind, oder die die Angelegenheiten regeln, die den einzelnen Provinzen besonders eigenständig sind. Hierzu gehört insbesondere das Wegerecht, das Feld- und Forstpolizeirecht, das Recht der Land- und forstwirtschaftlichen Interessengemeinschaften mit Ausnahme der Wassergenossenschaften, ferner das Erbrecht bäuerlicher Grundstücke, das Recht des Feuerwehrens und das Recht der Jugendfürsorge, abgesehen vom Unterrichtswesen, und schließlich das Recht der Denkmal- und Heimatspflege. Den Provinzialparlamenten wird als Selbstverwaltungsangelegenheit übertragen alle diese Aufgaben, die bisher

von Ministern, Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten verwaltet wurden. Die Provinzialverwaltung ist in polizeilichen Angelegenheiten, von Ausnahmefällen abgesehen, die letzte Beschwerdeinstanz. Als Auftragsangelegenheit erhalten die Provinzialverbände ferner übertragen: die Verwaltung des Kleinbahnwesens, des Wasserregulierungsgesetzes, der Baupolizei, des Fluchtlinienwesens, des Wohnungswesens, des Fischwesens, des landwirtschaftlichen Unterrichtswesens, der Arbeitsnachweise. Geführt wird die Verwaltung vom Landeshauptmann oder seinem Vertreter.

Bei jedem Provinzialparlament und bei jeder Regierungsabteilung für Kirchen- und Schulwesen wird ein Beirat von fünf Mitgliedern aus dem Provinzialparlament gebildet, der in allen ihn berührenden Fragen zu hören ist. Die übrigen Paragraphen regeln die Kostendeckung, die Uebergabe von Grundstücken und Gebäuden aus den Händen des Staates in die der Provinzialverwaltung und die Uebernahme der Staatsbeamten, Angestellten und Arbeiter. Die Grenzmark Posen, Westpreußen und der Hohenzollernschen Lande gelten als selbständige Provinzen.

Tragische Russlandreise.

Berlin, 14. Januar. (W.T.B.) In der hiesigen Universität hielt der amerikanische Sozialist Schwarz aus San Francisco, der im Auftrage der American Federation of Labour zusammen mit seiner Frau dem zweiten Kongress der Dritten Internationalen beigewohnt hat, einen Vortrag über seine Ergebnisse in Rußland. Schwarz wurde, wie er berichtet, mit seiner Frau ins Gefängnis geworfen, als die Rätereierung erfuhr, daß er sich abfällig über die russischen Zustände geäußert habe. Schwarz beschuldigt Crispian, Dittmann, Däumig und Stöcker, die vier deutschen Delegierten, der Rätereierung seine privaten Äußerungen hinterbracht zu haben. Schwarz und seine Frau, die im Gefängnis die Nahrungsaufnahme verweigerte, wurden auf ihren Protest schließlich freigelassen, aber erneut gefangen genommen, als sie die 300 Dollar amerikanischen Geldes, die man ihnen abgenommen hatte, zurückverlangten. Auf einen weiteren Protest wurden sie dann schließlich mittellos entlassen und nach Keval abtransportiert, wo die Frau des Amerikaners an den Folgen des Hungerstreiks starb. Als Schwarz in Keval einen Vortrag vor Arbeitern halten wollte, wurde er über die Grenze abgeschoben und erhielt von Kufowksi im Auftrage Tschitscherins 500 englische Pfund ausgezahlt.

Die kommunistische Auswanderungspropaganda nach Sowjetrußland wird von einer „Technischen russischen Staatskommission“ gefördert. Das Auswärtige Amt und das Reichsministerium des Innern haben jetzt eine Aufenthaltserweiterung für zwei Mitglieder dieser Kommission abgelehnt und die Erlaubnis zur Wiedereinreise eines dritten Kommissionsmitgliedes nach Deutschland verweigert. Diese Maßnahmen werden damit begründet, daß bei den jetzigen Verhältnissen in Sowjetrußland deutsche Auswanderer dort nichts Günstiges zu erwarten haben.

Oberschlesische Zustände.

Katowitz, 15. Januar. (W.T.B.) Gestern nachmittag wurde in Kattowitz ein Postwagen von mehreren Banditen überfallen. Von den Beamten, die sich zur Wehr setzten, wurde einer schwer verletzt. Die Banditen raubten etwa 28000 M. Postgelder und ergriffen dann die Flucht. Der Postwagen war vor etwa sieben Wochen schon einmal an der gleichen Stelle überfallen worden, wobei die Banditen etwa 40000 M. in die Hände fielen.

Katowitz, 15. Januar. (W.T.B.) Wegen die Wohnung des früheren Gemeindevorstehers B. in Groß-Gorzüh wurde ein Dynamit-Attentat verübt. Es wurde Dynamit durch das Fenster in die Wohnung geworfen. Durch die Explosion wurde schwerer Sachschaden angerichtet, Personen wurden nicht verletzt. Am gleichen Abend wurde in Groß-Gorzüh eine Dynamitladung in ein Schanklokal geschleudert. Von den anwesenden Gästen wurden mehrere verletzt, zwei von ihnen erheblich.

Albert; sie ließen sich nicht irre machen. Sie liebten auch diese Menschen. Und bald gab es keinen Studenten, auch keinen Couleurstudenten mehr, der nicht mit Rud und den Kindern tanzte. Es gab keinen Arbeiter, dessen Kinder nichts des Abends zu Ruhs Schar gingen. Tausende von Arbeitern gingen nach Beendigung ihres Dienstes hinaus auf die Spielplätze zu der Schar, ja etliche waren bereit, mitzuwandern, zogen ihre entsehligen „zivilisierten“ Kleider aus, nahmen kurze Wunderoogelohsen, legten Sandalen an und zogen einen bunten leinenen Kittel über. — Alles war eins. Sie alle mögen es geöhnt haben: „Wenn ihr nicht werdet wie die Kinder. . .“

Goethes „Lasso“ im Staatstheater. Es war ein Abend von festlich-troher Weise. Von Goethes Meisterwerken erscheint der Lasso wohl am seltensten auf der Bühne, und wenn einmal, dann meist in ungleichmäßiger Befassung, die sich um einen großen Schauspielernamen in der Titrolle gruppiert. So hat man hier das Werk vor langer Zeit im Rollendorftheater beim letzten Gossfische von Joseph Kainz gesehen. Man konnte den großen Künstler bewundern, aber die Seele der Goetheschen Gestalt blieb stumm. Zweifel existierten, ob die Zartheit dieser Schöpfung, in der sich höchste Poesie der Lyrik mit intimster Charakteristik einigt, überhaupt das Szenenbild vertrage. Die Aufführung des Staatstheaters unter Ludwig Bergers Regie zeigte, daß solche Möglichkeit besteht. Der Eindruck, den das Drama auf den Leser macht, ward hier noch überboten, das Drama strahlte so noch reicher und schöner.

Im „Lasso“ wie in der „Iphigenie“ zeigt sich die Abkehr Goethes von dem tragisch-episch-naturalistischen Stil seiner Jugendjahre, das Ringen nach neuen Formen einer ebenmäßig durchgebildeten Raffinität. Vor allem aber auch die Einwirkung des Verhältnisses zur Frau von Stein, die seine Dichterphantasie zum Symbol harmonischer Weiblichkeit verklärte. Die stille, hochherzige, durch Leid geläuterte Prinzessin ist mit dem von ungezähnten Leidenschaften blind und hergetriebenen Lasso kontrastiert. Sie ist die Macht, um die sein ganzes Dichten kreist, von der er Erlebung hofft. Genie und Irrsinn verschlingen sich unauslöschlich in seiner Brust. Seine Einbildungskraft, sein höchster Ruhm und Einzig, lehrt sich in unbefriedigtem Wüten wider ihn selbst. Die Weigerung des Antonius, die angetragene Freundschaft anzunehmen, und die gelinde, sehr gerechte Haß, die über ihn verhängt wird, raubt ihm den letzten Rest der Selbstbestimmung. Sein kranker Geist sieht Feinde überall. So will er fliehen. Und als er dann erkennt, daß die verehrte Frau noch unverändert treuen Sinnes zu ihm steht, zerstört er, in der Ekstase des Glücksempfindens zu ungestümem Werben fortgerissen, den Seelenbund, den letzten Pfeiler seines Glücks.

Die Tragik des zwischen höchstem Selbstbewußtsein und lähmender Verzweiflung schwankenden Voeten kam in dem Spiel Viktor Mithels zu packendem Ausdruck. Eine schlanke, schmachtige Gestalt mit blaßem, leidengefühltem Antlitz, in dem in den Momenten der Erregung die Augen fiebernd blühen. Das Organ in prachtvoll starker Resonanz vom Stürme der Empfindungen bewegt. Ebenbürtig standen ihm die beiden Frauengestalten zur

Seite, die edle, hoheitsvolle Prinzessin Johanna Hofers und die bei aller geistigen Kultur in ihrem Verhalten unbekümmert egoistisch-barte Sanditale Dagny Servaes. Stimmung und Atmosphäre des Stükes wurden in dem Zusammenspiel ganz lebendig. Decarli gab den Antonius, Otto Laubinger in vorzüglich echter Manier den Fürsten. Conrad Schmidt.

Eine Voltaire-Anekdote. Voltaire begegnete eines Tages einem Bekannten, der ihm erzählte, er habe kürzlich den berühmten Schweizer Philosophen Haller kennengelernt. „Ja“, bemerkte Voltaire, „Haller ist ein bedeutender Mann, ein Dichter und ein Philosoph ersten Ranges.“ — „Ihr Lob ist sehr ehrenvoll“, entgegnete der Andere, „aber Haller spricht nicht in gleicher Weise von Ihnen.“ — „So“, gab Voltaire mit behender Ironie zurück, „dann haben wir uns wahrscheinlich beide in unserem Urteil geirrt.“ (Journal des Familles.)

„Nur der Name hat sich geändert.“ Die „Daily News“ schreibt: „Als die militärischen Befehlshaber vor kurzem sieben Häuser in einer irischen Stadt niederbrannten, da erlaubten sie den Bewohnern, die notwendigen Geräte und Nahrungsmittel mitzunehmen. Die Möbel wurden allerdings mit verbrannt und durften nicht entfernt werden, aber ich bezweifle, daß unsere Scharsmacher von der schodischen Sentimentalität angewandert sind, mit der die Soldaten die „Wertlosen“ der Unglücklichen skonten. Diese Herren sind eben schwer zu befriedigen. Es sind ja übrigens auch keine Repressalien vorgekommen worden, denn diese offiziell ausgeführten Repressalien werden nicht so genannt, sondern heißen vorbeugende Maßnahmen. Doch die Scharsmacher mögen ruhig sein; es werden auch weitere Häuser niedergebrannt werden. Der einzige Unterschied ist der, daß in Zukunft diese „Werke der Menschlichkeit und des Friedens“ mit militärischer Exaktheit ausgeführt werden.“

Wer wird die „Sieger“ von ihrem Militarismus befreien?

Erkennführungen der Woche. Di. Tribüne: Totentanz. Do. Neues Volkstheater: Beaumarchais und Sonnenfels. Mi. Theater: Tassanovas Sohn. Fr. Kammertheater: Der pathologische Dol. So. Deutsches Theater: Kabale und Liebe. (M. E.)

Vorträge. Unser Theaterdirektor Dr. Max Hochdorf bezieht am Montag 18 Uhr abends in der Schöneberger Volkshochschule einen Vortragshaus über „Das moderne Drama“.

Tänze. Valerie Keatling gibt Sonntag 11 Uhr eine Tanzmatinee in den Kammertheater. — Urban Uchanski gibt unter Mitwirkung verschiedener Künstler Sonntag 11 Uhr im Volkstheater Bilder aus dem Leben einer deutschen Frau.

Die Gesellschaft für sozialistische Philosophie, die Professor A. Veit 1912 anregte, ist der Kant-Gesellschaft beigetreten, in der sie eine besondere Gruppe bildet.

Denkmalsfrage in Hamburg. Prof. Clettner ist auf Grund des in Kraft getretenen Denkmalsgesetzes zum Denkmalspfleger für Hamburg berufen worden. Ihm steht eine Denkmalskommission und ein Denkmalsrat zur Seite.

Ein neuer Ordnungswald? Am Schmitzhausmuseum in Rön ist jetzt als Leihgabe das Bild eines heiligen Christophorus ausgehängt worden. Man glaubt darin ein echtes Bild Ordnungswalds zu erkennen.

